






2. Für Gleichstellung und Teilhabe behinderter Menschen

Die Forderungen des SoVD NRW

Wir wollen ein **inklusives Bildungswesen** für alle und in allen Bildungsbereichen. Die Regelschulen benötigen eine Ausstattung mit Personal und Sachmitteln, die eine bestmögliche individuelle Förderung von allen SchülerInnen ermöglicht. Ziel des SoVD NRW ist *Eine Schule für alle*. Der SoVD NRW fordert Land und Kommunen auf, systematische Programme zur Feststellung und Beseitigung vorhandener Barrieren durchzuführen. Auch die private Wirtschaft muss Barrierefreiheit umsetzen. Zur Reduzierung der übermäßig hohen Arbeitslosigkeit (schwer-)behinderter Menschen muss auch die Landespolitik aktiv werden. Die Erfüllung der Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen muss Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge werden. Örtliche Behindertenbeiräte und –beauftragte sind in der Gemeindeordnung zu verankern.

Antworten der Parteien

	<ul style="list-style-type: none"> -Elternwahlrecht und inklusive Schwerpunktschulen -bessere Unterrichtsbedingungen und mehr multiprofessionelles Schulpersonal -weiterer Ausbau von inklusivem Arbeitsmarkt
	<ul style="list-style-type: none"> -Ausbau von inklusiven „Voreiterschulen“ und Schließungsstopp für Förderschulen, Elternwahlrecht -Erfassung von Ist-Zustand der Barrierefreiheit und Umsetzungsbedarfen -Verpflichtung der Träger öffentlicher Belange zur Umsetzung der Inklusion
	<ul style="list-style-type: none"> - Elternwahlrecht und inklusive Schwerpunktschulen -Entwicklung von inklusiven Gemeinwesen -Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Integrationsunternehmen und Ausweitung des Budgets für Arbeit - inklusive Ausbildungsstätten und Arbeitsmarkt -Eingliederungshilfe unabhängig von Einkommen und Vermögen gewähren
	<ul style="list-style-type: none"> -Beibehaltung von Förderschulen, verbindliche Basisstandards für schulische Inklusion, inklusive Schwerpunktschulen und Elternwahlrecht -persönliches Budget stärken und Eingliederungshilfe unabhängig von Einkommen und Vermögen gewähren -Barrierefreiheit so schnell wie möglich realisieren
	<ul style="list-style-type: none"> -Gewährleistung der vollen, wirksamen und gleichberechtigten, selbstbestimmte Teilhabe ohne Kostendeckelung

Fazit: Anders als der SoVD NRW es fordert, setzen alle Parteien kurzfristig, mit Ausnahme der Linken, auf die Bildung von inklusiven Schwerpunktschulen und die Beibehaltung von Förderschulen. CDU und FDP wollen die Förderschulen auch langfristig erhalten. Bei SPD und Bündnis 90 / Die Grünen wird hier die Langfristperspektive nicht gänzlich deutlich. SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich für die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes aus. Die Forderung des SoVD NRW nach Gewährung der Eingliederungshilfe unabhängig von Einkommen und Vermögen wird von Bündnis 90 /Die Grünen, FDP und Die Linke unterstützt.